



NEWSLETTER

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Pfarrer und Besuchshelfer bevorzugt ins Impfkonzert aufnehmen | 2 |
| Jahressteuergesetz 2020 | |
| Alleinerziehende doppelt entlastet | |
| Erinnerung ist gesamtdeutsche Angelegenheit | |
| „Novemberhilfe für Bäckereien und Konditoreien mit Café“ | 3 |
| Statement zum 3. Bevölkerungsschutzgesetz | |
| „Über 118 Mio. Euro Kredite für Unternehmen und Freiberufler in der Region“ | |
| Mehr Fairness für Bauern | 4 |
| Waldbauern verdienen Unterstützung | |
| Korrektur an Gewässerrandstreifen war zielführend | |
| „Rundfunkmuseum erhält 4,5 Millionen Förderung“ | 5 |
| Barmherzigkeit in der Politik? | |

IMPRESSUM

Hrsg.: Christian Schmidt MdB,
CSU im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 71630
Fax: 030 / 227 76962
E-Mail:
christian.schmidt@bundestag.de
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 hat uns allen viel abverlangt hat. Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist ein Kraftakt - für uns persönlich, für unser Land, für die gesamte Welt. Unser Land stemmt sich aber in beeindruckender Weise gemeinsam dagegen.

Alle Schritte und Entscheidungen müssen durchdacht und berechenbar sein. Das ist alles andere als einfach. Regierung, Behörden und die Parlamente müssen zügig Entscheidungen treffen. Das alles funktioniert aber nur, wenn - wie in unserem Land - der allergrößte Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger die Einschränkungen und Risiken mitträgt und damit auch die Hoffnung für 2021 wachsen lässt.

Unser freiheitlicher, aber eben auch sozialer Staat hilft, wo er kann; viele helfen freiwillig auf den verschiedensten Wegen mit. Dafür schulden wir herzlichen Dank.

In diesen schwierigen Zeiten sind gerade die Meldungen über wirksame Impfstoffe eine Hoffnung. Übrigens: Nicht nur die Nobelpreise in Physik und Chemie für in Deutschland forschende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern auch die deutschen Arzneimittelhersteller zeigen:

Wir können wieder was! Genauso zielstrebig, wie wir die Impfstoffentwicklung vorangetrieben haben, wollen wir jetzt flächendeckende freiwillige Impfungen anbieten. Wir sind noch nicht über dem Berg, aber es zeigt sich Licht.

So wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie eine gesegnete Adventszeit, ein friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest unter schwierigen Bedingungen und alles Gute für das kommende Jahr! Lassen Sie uns gemeinsam mit Mut und Zuversicht in ein besseres Jahr 2021 starten! Bleiben Sie bitte gesund!

Herzliche Grüße

Ihr Christian Schmidt MdB
Bundesminister a.D.



Bundshaushalt 2021 beschlossen

Der Bundestag hat vor kurzem den Bundshaushalt 2021 beschlossen. Dieser ist maßgeblich von der aktuellen Corona-Pandemie und den daraus resultierenden finanziellen Herausforderungen geprägt. Insbesondere werden erforderliche Mittel für den Gesundheitsbereich und für umfangreiche Wirtschaftshilfen zur Verfügung gestellt. Im Ergebnis steigen die Ausgaben 2021 auf knapp 500 Milliarden Euro und die Nettokreditaufnahme auf fast 180 Milliarden Euro.

All dies ist nur möglich, weil wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben und nun noch einmal die Sonderregelung zur Schuldenbremse nach Art. 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes, d.h. die „außergewöhnliche Notsituation“, zum Abfedern der Auswirkungen der Corona-Pandemie nutzen. Jetzt zu sparen, würde die Krise verschärfen. Klar ist aber auch, dass wir nicht ewig derart hohe Schulden machen können. Schließlich muss die über die Normalregelung der Schuldenbremse hinausgehende Verschuldung in den kommenden 20 Jahren getilgt werden. Dies wird ab 2026 eine jährliche Haushaltsbelastung im zweistelligen Milliarden-Bereich bedeuten.



Ausgabe 2 / Dezember 2020

Pfarrer und Besuchshelfer bevorzugt ins Impfkonzept aufnehmen



© R_by_CFalk /Pixelio

„Es ist sehr erfreulich, dass es nun einen Corona-Impfstoff gibt, der sich nach Angaben des Herstellers in klinischen Tests als höchst wirkungsvoll erwiesen hat“, betont EAK-Landesvorsitzender Christian Schmidt, MdB.

„Dieser Impfstoff wird ja voraussichtlich erst einmal in beschränkter Menge zur Verfügung stehen. Bei der völlig berechtigten Priorisierung für medizinisches Personal und Pflegepersonal sollten aber auch die, die sich um das Seelenheil von alten und pflegebedürftigen Menschen kümmern, im Impfkonzept ebenso berücksichtigt werden. Ich denke an Pfarrerinnen und Pfarrer und haupt- und ehrenamtliche Besuchshelfer in Alten- und Pflegeheimen.

Gerade die Seelsorge, das persönliche Gespräch mit ihrem Pfarrer oder dem ehrenamtlichen Besuchshelfer ist für viele alte, kranke und pflegebedürftige Menschen von enormer Bedeutung“, betont Schmidt.



Jahressteuergesetz 2020 - Weg frei für Steuererleichterungen und Stärkung des Ehrenamtes

Christian Schmidt MdB zeigt sich erfreut über das erfolgreich verhandelte Jahressteuergesetz 2020, das in der nächsten Sitzungswoche, 16. Dezember 2020, im Deutschen Bundestag verabschiedet werden soll.

„Darin enthalten sind Steuerentlastungen und Bürokratieabbau im Bereich des Ehrenamtes, wie ein vereinfachter Spendennachweis und eine Erhöhung der Ehrenamtspauschale auf 840 Euro“, betont Schmidt. Es solle auch eine Erhöhung der Einnahmegrenze zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb für gemeinnützige Organisationen auf 45.000 Euro Eingang in die Gesetzesvorlage aufgenommen werden.

Gemeinnützige Organisationen profitieren auch davon, dass z.B. die Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung für kleine Körperschaften abgeschafft und die Mittelweitergabe unter gemeinnützigen Organisationen rechtssicher ausgestaltet wird. Außerdem werden die Zwecke „Klimaschutz“, „Freifunk“ und „Ortsver-

schönerungen“ in den Zweckkatalog aufgenommen. „Die CDU/CSU-Fraktion hat sich intensiv für diese Aspekte eingesetzt“, so Schmidt. „Dadurch wird das so wichtige Engagement von Vereinen und Einzelpersonen gestärkt.“ Weitere steuerliche Entlastungen sind für Alleinerziehende enthalten und es wird auch die Gewinngrenze des neuen § 7g EStG auf 200.000 € angehoben, was insbesondere den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach der Neuregelung der Anspruchsvoraussetzungen zu Gute kommen wird. Bezüglich der Wohnungssituation wurde vereinbart, dass die steuerrechtliche Berücksichtigung von Aufwendungen bei der verbilligten Wohnraumvermietung mit dem Jahressteuergesetz 2020 für Vermieter und somit auch für den Mieter verbessert wird.

Schmidt zeigte sich zufrieden, dass das Gesamtpaket noch in diesem Jahr verabschiedet wird.

Alleinerziehende werden doppelt entlastet

Gute Nachricht für Alleinerziehende! „Mütter und Väter, die ihr Kind ohne Partner großziehen, sparen bei der Steuer künftig doppelt“, betont Christian Schmidt MdB. Der sog. Entlastungsbetrag wird dauerhaft auf 4.008 Euro verdoppelt (bisher 1.908 Euro). „Damit haben wir eine Forderung unserer Klausurtagung #seeon20 nach intensiven Verhandlungen in der Koalition noch in diesem Jahr umgesetzt.“



Die Erhöhung des Entlastungsbetrags entlastet Alleinerziehende mit einem Bruttojahreslohn von 21.000 Euro um 463 Euro pro Jahr. Alleinerziehende mit 36.000 Euro Bruttojahreslohn werden pro Jahr um 606 Euro entlastet.

„Die Entlastung ist ein starkes Signal der Unterstützung und Wertschätzung für alle Mütter und Väter, die mit Kindern alleine eine doppelte Verantwortung tragen.“

Foto: © Thommy Weiss /Pixelio

Erinnerung ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit

Abschlussbericht Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

Am 7. Dezember 2020 hat die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit ihren Abschlussbericht vorgestellt. Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB war das einzige bayerische Mitglied in der vielseitig besetzten Kommission, die sich in den letzten zwei Jahren mit der Erinnerung an die Jahrestage und dem Stand der Deutschen Einheit befasst hat.

„Mir war es wichtig, bei der Kommissionarbeit den gesamtdeutschen Blick zu wahren. Die DDR, der Mauerfall und die Deutsche Einheit sind nicht allein eine ostdeutsche Angelegen-

heit. Ich betrachte mit Sorge, dass das Wissen über die DDR und den Unrechtscharakter des kommunistischen Systems, aber auch über das freudige Ereignis der friedlichen Revolution und das Zusammenwachsen der beiden Landesteile geringer wird.“

Inhalt der Kommissionsarbeit war die Würdigung der Jahrestage mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen, aber auch eine Bestandsaufnahme der Deutschen Einheit und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die Zukunft. Den Abschlussbericht finden Sie unter

<https://deutschland-ist-eins-vieles.de/>



Ausgabe 2 / Dezember 2020

#CSU LIEFERT

„Novemberhilfe für Bäckereien und Konditoreien mit Café“

#CSU LIEFERT



Archivbild: NK

„Bäckereien, Konditoreien oder Metzgereien mit angeschlossenem Imbiss- oder Cafébetrieb, können auch die „Novemberhilfen“ des Bundes bekommen, weil das Café oder die Imbissstische ja nicht genutzt werden dürfen. Diese Einrichtungen werden auch als Gastronomiebetriebe betrachtet. Soweit sie durch Schließungsanordnungen der Länder diesen Teil ihres Geschäftsbetriebs im November einstellen müssen, sind sie bei der „Novemberhilfe“ antragsberechtigt“, erklärt Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB.

Allerdings sei eine Umsatzerstattung auf 75 Prozent der Umsätze (abzüglich ersparter Kosten) im Vergleichszeitraum 2019 des Cafébetriebs mit vollem Mehrwertsteuersatz begrenzt. Für Umsätze im Außerhaus-Verkauf (mit reduziertem Mehrwertsteuersatz), die im November weiterlaufen, werden Umsätze nicht erstattet.

„Ich freue mich, dass im Rahmen der Umsetzung der Novemberhilfe frühzeitig eine Regelung gelungen ist, die der vergleichbaren Betroffenheit von Restaurants, Imbissstischen, Cafés und Konditoreien gerecht wird“, betont Schmidt.

Christian Schmidt zum 3. Bevölkerungsschutzgesetz:

„Am 18. November haben wir im Deutschen Bundestag das 3. Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen.

Es gibt Gruppen und besorgte Bürger, die diese Entscheidungen sehr kritisch sehen, andere erwarten dadurch mehr Rechtssicherheit und Klarheit. Oft gehen kritische Kommentare von nicht zutreffenden Informationen aus. Insbesondere betroffen war ich von der Behauptung, wir würden ein „Ermächtigungsgesetz“ beschließen. Jeder, der auch nur einen Funken Geschichtsbesusstsein hat, weiß, dass mit dem sog. „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933 der nicht mehr politisch für die Demokratie kampfbereite Reichstag mit Mehrheit der NSDAP und der nationalen, konservativen und liberalen Parteien Hitler einen Freifahrtschein für die Abschaffung der Demokratie und für das „Anfüllen“ der Schutzhaft-Lager, später KZs, lieferte. Für mich eine unerträgliche Gleichsetzung. Ich bin in die Politik gegangen, um eine Diktatur in unserem Land nie mehr entstehen zu lassen. Das ist gewährleistet, vom Deutschen Bundestag bis hin zum unabhängigen Bundesverfassungsgericht. Das ist und bleibt auch mein politischer Maßstab!



Dieses Gesetz bedeutet nun noch mehr demokratische Legitimation der Corona-Schutzmaßnahmen und es stärkt die Rolle des Deutschen Bundestages in dieser Pandemie. Damit werden dem Parlament mehr Entscheidungen eingeräumt und Entscheidungen der Exekutive in Bund und Land begrenzt. Die Bundesregierung ist nun berichtspflichtig, der Bundestag allein urteilt und entscheidet, ob die Pandemie in nationalem Ausmaß weiter besteht. Die das Gesetz ausführenden Landesverordnungen werden zeitlich begrenzt (vier Wochen) und müssen im Einzelfall begründet werden.

Ich verhehle nicht, dass ich die Ansicht habe, dass wir das Infektionsschutzrecht nach dieser Pandemie nochmal daraufhin genau anschauen müssen, wo rechtlicher, verfassungsmäßiger und auch föderaler Verbesserungsbedarf besteht. Auch deswegen haben wir die Gültigkeit des neuen § 28a in diesem Gesetz, mit dem der Bundestag die Kompetenz für diese Fragen an sich zieht, nur auf die Zeit der Covid-Pandemie beschränkt. Danach werden wir in Ruhe weiter über Gesetzgebung reden und streiten.

„Über 118 Mio. Euro Kredite für Unternehmen und Freiberufler in der Region“

„Ich freue mich sehr, dass über 300 Betriebe aus der Stadt Fürth sowie den beiden Landkreisen Fürth und Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim die Hilfen der KfW Förderbank beantragt haben und über 118 Mio. Euro an Krediten erhalten“, betont Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB.

Die Hilfen der KfW Bank im Auftrag des Deutschen Bundestages stellen den laufenden Betrieb sicher und dienen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen, die während der Corona-Pandemie auf-



© Claudia Häutumn / PIXELIO

grund von Schließungen, Lieferengpässen oder Umsatzrückgängen entstanden sind. „Gerade unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir müssen sie vor existenziellen Bedrohungen schützen. Mit diesen Krediten des Bundes werden sie im Kampf gegen die Folgen der Pandemie effektiv unterstützt“, so der Bundestagsabgeordnete weiter.

Den ganzen Artikel finden Sie unter www.christian-schmidt.de



Ausgabe 2 / Dezember 2020

Mehr Fairness für Bauern

Unlautere Praktiken im Lebensmittelhandel sollen der Vergangenheit angehören! Das machte Bundeslandwirtschaftsminister a.D. Christian Schmidt, MdB, nach einem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung deutlich. Damit werde mehr Fairness für die Bauernfamilien und kleinen Lieferanten erreicht.

Als deutscher Landwirtschaftsminister habe auf seinen Vorschlag 2016 der Gesetzgeber mit der Novelle gegen Wettbewerbsbeschränkungen den Verkauf von Lebensmitteln unter Einstandspreis untersagt und weitere unfaire Handelspraktiken verboten. Jetzt schließe sich mit dem neuen "Gesetz gegen unlautere Praktiken auf dem Lebensmittelsektor" eine weitere Hintertür, die bislang einen Preisdruck gerade auf bäuerliche Familienbetriebe und kleine Lieferanten ermöglichte.

Das neue Gesetz basiere auf einer von Schmidt mitinitiierten EU-weiten Richtlinie. Demnach schreibt der Bund ab April 2021 vor, dass z.B. plötzliche Stornierungen bestellter und leicht verderblicher Lebensmittel seitens des Handels untersagt werden. Auch eine einseitige Änderung von Liefer-, Qualitäts- und Zahlungsbedingungen fallen unter das Verbot. Die Bundesregierung gehe, so der frühere Bundeslandwirtschaftsminister, damit über die geltende EU-Richtlinie hinaus, etwa indem es dem Lebensmittelhandel verboten werde, nicht verkaufte Ware ohne Bezahlung zurück zu schicken oder den Lieferanten die Beseitigung unverkäuflich gewordener Ware in Rechnung zu stellen. Verstöße könnten künftig mit bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

Lesen Sie weiter unter
www.christian-schmidt.de

Waldbauern verdienen Unterstützung



Waldbegehung mit Hans-Georg von der Marwitz MdB, Präsident der deutschen Waldbauern, (3.v.r.), Hans Herold MdL (2.v.r.) und Vertretern der Kommunalpolitik und der Waldbauern. Archivbild

„Die Arbeit der heimischen Waldbauern genießt höchste Anerkennung“, erklärte Bundesminister a.D. Christian Schmidt. Hinzu komme, dass die Leistungen des Waldes für unsere Gesellschaft äußerst vielfältig und wichtig seien. Das beginne beim Klima, gehe über die Biodiversität und reiche bis hin zum wichtigen Rohstoff Holz für die Bauwirtschaft und den Energiesektor.

Allerdings würden die fränkischen Waldflächen besonders in den letzten drei Jahren extrem unter Dauerstress leiden. Trockenheit, Stürme und der Borkenkäfer hätten großflächig Wälder geschädigt und die Bauern um den

Ertrag ihrer jahrzehntelangen Arbeit gebracht. Hinzu käme eine äußerst schlechte Marktlage, die bis hin zur Unverkäuflichkeit des geschädigten Holzes reiche.

Das Bundeskabinett beschloss in der vergangenen Woche zur Unterstützung der privaten und kommunalen Waldbauern eine einmalige Nachhaltigkeitsprämie von 100 Euro pro Hektar Waldfläche. Hierfür wurden 500 Mio. Euro aus dem Corona-Konjunkturprogramm bereitgestellt. Die Antragstellung soll unbürokratisch erfolgen, indem der Flächennachweis über die Daten der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung erfolgen werde. Die erforderliche PEFC-Zertifizierung könne, so Schmidt, über die beiden Forstbetriebsgemeinschaften in Neustadt/Aisch und Ansbach-Fürth nachgewiesen werden.

In den politischen Beratungen war es Christian Schmidt, der sich vor einem Jahr gemeinsam mit dem Präsidenten der deutschen Waldbauern, Hans-Georg von der Marwitz, MdB, vor Ort ein Bild des Schadensausmaßes gemacht hatte, sehr wichtig, dass die Förderung an eine forstwirtschaftliche Nutzung gebunden wurde. Die Einbeziehung von stillgelegten Waldflächen lehnte der frühere Bundeswaldminister ab, nachdem nur eine nachhaltige Waldwirtschaft einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz leisten könne.

Jetzt gelte es, diese einmaligen Fördermittel online abzurufen erklärte Schmidt, der auch darauf hinwies, dass die Politik weitere Unterstützungen der Waldbauern z.B. aus der CO2-Abgabe prüfen werde.

Korrektur an den Gewässerrandstreifen war zielführend

„Das Ergebnis der Korrektur an den „Gewässerrandstreifen“ im Landkreis Neustadt/Aisch – Bad Windsheim halte ich für zielführend“, erklärte Bundesminister a.D. Christian Schmidt, MdB, zu einer neuen Gewässerrandstreifenkarte des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach.

Auslöser einer regelrechten Unmutswelle in der Landwirtschaft war die Auflage aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Demnach wurde im Bayerischen Naturschutzgesetz verankert, dass ab 1. August 2019 Landwirte verpflichtet sind, entlang von gartenbauliche noch ackerbauliche Nutzung erlaubt ist.

Die vom Bayerischen Umweltministerium vorgelegte Gewässerkarte war jedoch mit Fehlern behaftet. Schmidt griff die Proteste



Foto: RF

der Bauernfamilien zusammen mit Hans Herold, MdL und Landrat Helmut Weiß auf. Gemeinsam forderten sie Umweltminister Thorsten Glauber (FW) auf, die Gebietskulisse für die Gewässerrandstreifen gemeinsam mit den Landwirten vor Ort zu korrigieren. Dazu sollte der Landkreis Neustadt/Aisch – Bad Windsheim als Pilotprojekt dienen.

Zwischenzeitlich liegen Ergebnisse vor, wonach von den ursprünglichen rund 2.700 km noch ca. 1.300 km wasserführender Gräben übrig geblieben seien. „Bewirtschaftungsauflagen und Vorgaben für die Landwirtschaft müssen transparent, sachlich richtig und für die Betroffenen nachvollziehbar sein. Das bewahrheitet sich jüngst erneut an dem Beispiel der Gewässerrandstreifen.“



Ausgabe 2 / Dezember 2020

Geldregen aus Berlin - „Rundfunkmuseum erhält 4,5 Millionen Förderung“

„Ich freue mich sehr, dass unser Fürther Rundfunkmuseum Fördergelder in Höhe von 4,5 Mio. Euro für die Generalsanierung mit Neugestaltung der musealen Dauerausstellung bekommt“, betont Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt. „Das ist wirklich eine Investition für bessere Zeiten! Die Fördermittel stammen aus dem Bundeshaushalt im Rahmen der „Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland“. 250.000 Euro soll das Rundfunkmuseum im nächsten Jahr erhalten, weitere 4,25 Mio. Euro dann in den Jahren 2022 - 2025. Die Regierungskoalition in Berlin setzt hier bewusst Akzente, die gerade jetzt in der Zeit wichtig sind, wo die Kultur und wir so kurz treten müssen.“ „Mit dieser Förderung ist ein weiterer wichtiger Schritt des Museums auf dem Weg zu einem überregionalen und deutschlandweiten Aushängeschild der Rundfunkgeschichte getan“,



Foto: NK

freut sich Schmidt. „Ich sehe es als wichtiges Gut an, an einem historischen Ort der Rundfunk- und Mediensgeschichte eine solche Einrichtung zu schaffen, die Rundfunkgeschichte für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen und damit auch einen wichtigen Impuls für Tourismus und Wirtschaft zu setzen. Gut wäre es, wenn nicht nur die, die sich noch an Grundrissen „Heinzelmännchen“ oder spätere Rundfunk- und Fernsehgeräte erinnern können, sondern auch junge Leute den Begegnungs- und Lernort noch mehr entdecken, wenn er durch eine bauliche und gesamte Erneuerung noch mehr glänzt als schon jetzt!“ Schmidt

hatte erst vor einigen Wochen gemeinsam mit Landtagsabgeordneten Petra Guttenberger und CSU-Fraktionschef Max Ammon das Rundfunkmuseum besucht und Unterstützung zugesagt.

Christian Schmidt, stellv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender des EAK, zum Thema Barmherzigkeit in der Politik?



Gott ist gnädig und barmherzig. Doch sind WIR das auch? Mit der Jahreslosung 2021 aus dem Lukasevangelium „Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist“ (Lk 6,36) sind wir Christenmenschen beauftragt, genau das zu sein: Barmherzig wie der himmlische Vater! Die Frage ist nur, wie geht das im alltäglichen Leben, geht das vor allem auch in der Politik? Diese Frage berührt mich persönlich

nach dreißig Jahren als Bundestagsabgeordneter und nach über 12 Jahren als Mitglied der Bundesregierung.

Doch – zunächst – was ist das eigentlich: Barmherzigkeit? Der Begriff scheint ein wenig aus der Zeit gefallen zu sein. Von der Wortbedeutung her stecken die Worte „Herz“ und auch das „Erbarmen“ darin. Es ist ein großes Wort der Bibel und in 2000 Jahren christlicher Kirchengeschichte. Es spricht von einem Herzen, das nicht einfach nur mitleidig zusieht, sondern sich öffnet für die Nöte des anderen, das hinsieht und hinhört, was der andere Mensch braucht.

Ein Herz zeigen für andere – gerade in der Politik scheint das von außen gesehen oft schwierig zu sein: Der politische Mitbewerber könnte ja die eigene Schwäche ausnutzen, da ist es doch besser, erstmal auszuteilen – zumindest verbal? Richtig ist sicher, dass eine missverstandene Barmherzigkeit ein Ungleichgewicht in eine Beziehung bringt, eine Art Gönnerhaftigkeit, die den anderen in eine niedrigere Position verweist. Das ist aber nicht die Barmherzigkeit, von der in der Jahreslosung 2021 und in der Bibel die Rede ist und um die wir uns

bemühen sollen. Als Christen wissen wir: Gott ist barmherzig, weil er die Liebe in Person ist. Der Barmherzige fällt nicht über einen Schwächeren her, weil er weiß, dass er selbst ebenfalls nicht perfekt ist. Barmherzigkeit hat immer auch die eigene Unvollkommenheit und Bedürftigkeit im Blick.

Daraus erwächst auch eine Haltung der Verbindlichkeit. Im Alltag, vor allem auch im politischen Alltag, gibt es viele Gelegenheiten, Barmherzigkeit zu üben. Ich fühle mich als evangelischer Christ dem biblischen Menschenbild verpflichtet. Jeder Mensch ist Ebenbild Gottes und hat ein Recht zu einem würdigen Leben. Artikel 1 des Grundgesetzes bringt diese Überzeugung zum Ausdruck: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das Sozialstaatsprinzip ist Ausdruck dieser barmherzigen Grundansicht, zugleich aber auch die Aufforderung, dass jeder Mensch möglichst etwas beitragen soll und darf zum Gemeinwohl und zur eigenen Existenzsicherung.

Das Gegenstück in unserer gesellschaftlichen Realität ist für mich die Unerbittlichkeit. Gerade in den sozialen Medien zeigen sich manche Mitbürger unerbittlich, gnadenlos in der Bewertung anderer und keineswegs barmherzig. Ich halte es für eine Aufgabe, dem Verbindlichkeit entgegenzusetzen und nicht selbst unbarmherzig zu reagieren. Ich nenne diese Situation das „Indie-Tischkante-beißen“. Man muss Dinge nicht retournieren, aber man darf sie einordnen.

Der Ton in den politischen Debatten ist leider in den letzten Jahren zunehmend rauer geworden, ein Umstand, der nicht nur Christen bedrückt. Aber Christen können vor dem Hintergrund der neuen Jahreslosung und dem biblischen Verständnis der Barmherzigkeit ihren Dienst für das Gemeinwohl einbringen und für einen barmherzigen Umgang miteinander werben: Im alltäglichen Leben und in der Politik. Ich will dazu meinen Beitrag leisten.